COLETTE MAZZUCELLI

DER ÉLYSÉE-VERTRAG:
DREH- UND ANGELPUNKT DER DEUTSCH-
FRANZÖSISCHEN BEZIEHUNGEN NACH 1945?

Das Ziel dieses Aufsatzes ist es, über die heutige Bedeutung des Élysée-Vertrages nachzudenken, ein historischer Vertrag über Freundschaft und Zusammenarbeit zwischen der Französischen Republik und der Bundesrepublik Deutschland, der von den Führern beider Länder am 22. Januar 1963 unterzeichnet wurde. Eine der hauptsächlichen Thesen dieses Aufsatzes ist, daß der Élysée-Vertrag in der Nachkriegszeit des Zweiten Weltkrieges ein Element der Kontinuität in den sich entwickelnden Beziehungen zwischen diesen beiden Ländern darstellte. Diese Kontinuität bildete den Hintergrund für die sich im Laufe des Integrationsprozesses vertiefenden Beziehungen. Drei Ebenen sind dabei von Bedeutung: die öffentliche Meinung und ihre Einstellung zu Europa, die nationalen Führungseliten sowie die bilateralen Abkommen. Diese sollen im Zusammenhang mit der wechselnden Rolle des deutsch-französischen Duos, das immer wieder als »Motor« der europäischen Zusammenarbeit bezeichnet wird, näher untersucht werden.

Dieser uns hier vorliegende Sammelband dient als Grundlage für die Analyse der schwierigen Beziehungen, die während der 1950er und 1960er Jahre auf jeder dieser Ebenen – Gesellschaft, Führungsebene und Staat sowie auf internationaler Bühne – entstanden sind. Die dritte Ebene, die Kenneth Waltz¹ als die internationale definiert, ist in diesem Jahrhundert immer mehr zur weltpolitischen Ebene geworden. In diesem Bereich sind die Entscheidungen zwischen Krieg und Frieden, die Frankreich und Deutschland trafen, entscheidend. Man muß sich deshalb mit den Auswirkungen dieser Entscheidungen auseinandersetzen, unter Berücksichtigung der Komplexität dieser Veränderungen für das jeweilige Land selbst sowie ihrer Beziehungen zueinander. Für sie bedeutete dies nichts weniger als einen Gezeitenwechsel, als ehemalige Feinde einsehen mußten, daß sie eine unlösbare Partnerschaft innerhalb einer Schicksalsgemeinschaft verband. Der Élysée-Vertrag ist die formelle Erklä-

¹ Vgl. Kenneth WALTZ, *Man, the State and War*, New York 1959.

rung des Kooperationswillens, der bereits den Eckstein der historischen Aussöhnung zwischen Frankreich und Deutschland bildete.

Eine weitere These dieses Aufsatzes ist, daß der Élysée-Vertrag der Kernpunkt ist, wenn man die Beziehungen zwischen dem vereinten Deutschland und Frankreich als einen sich bis zum heutigen Tag fortsetzenden Prozeß begreifen will. Dies ist besonders wichtig, wenn man bedenkt, daß die Europäische Union (EU) mit dem Entwurf einer Verfassung gerade einen weiteren Wandlungsprozeß durchläuft. Die Europäische Verfassung wird wahrscheinlich über Generationen hinweg die sich bildende Identität und das europäische Selbstbewußtsein seiner wachsenden Mitgliederzahl definieren.

I. Kultureller Austausch und Jugendpolitik: Illustration der Kontinuität in der gesellschaftlichen Kooperation?

In diesem Band legt Ansbert Baumann eindeutig dar, daß der Élysée-Vertrag auch beim kulturellen Austausch zwischen Deutschland und Frankreich Kontinuität bedeutete. Sein Beitrag setzt sich mit Teil C des Vertrages auseinander, Erziehung und Jugend. Er unterstreicht, daß 1954 Jugendfragen im Zentrum des deutsch-französischen Kulturabkommens standen. In diesem Bereich wurden die Spannungen sichtbar, die durch die Zuständigkeit der Bundesregierung für die Außenpolitik einerseits und die der Länderregierungen für die Kulturpolitik andererseits entstanden. Im Düsseldorfer Abkommen von 1955 verpflichtete sich jedes Bundesland dazu, Englisch prioritär als erste Fremdsprache an den Schulen einzuführen, nicht aber Französisch.

Eine andere Schwierigkeit, die der Äquivalenz der Studienabschlüsse, wurde erst sehr viel später in den 1980er und 1990er Jahren gelöst. Die Basisarbeit für diese wichtige Frage wurde jedoch schon in der Anfangszeit durch die regelmäßigen Konsultationen der beiden Partner geleistet. Diese Konsultationen waren ein Ergebnis des Kulturabkommens von 1954. Ein Höhepunkt der Jugendpolitik war die Gründung des Deutsch-Französischen Jugendwerks (DFJW). In diesem Bereich unterstützte und unterstrich der Vertrag die weitere positive Entwicklung der deutsch-französischen Jugendpolitik und öffnete den Weg zu den Verbesserungen, die sich Anfang der siebziger Jahre einstellten. Als Ergebnis entstand eine integrierte deutsch-französische Organisationsstruktur, die die Zusammenarbeit zwischen den beiden Nachbarn auf diesem politischen Sektor grundlegend veränderte.

Verschiedene Beiträge dieses Bandes deuten darauf hin, daß die Unterzeichnung des Vertrages ohne die soziale und kulturelle Vorarbeit von privaten Organisationen vor 1963 nicht vorstellbar gewesen wäre. Sie machen auf die

Notwendigkeit aufmerksam, die neuen Formen des kulturellen Austausches innerhalb der Jugend zu verbreiten. Sie bieten zudem Vergleichswerte zu dem Vorgehen, innerhalb der Gesellschaft eines jeden Landes Unterstützung für diese Aktionen zu finden, und präsentieren interessante Beispiele von Initiativen privater Organisationen vor 1963, die diese These bestätigen. Gerade ihre Aktivitäten im Bildungsbereich darf man nicht aus den Augen verlieren, wenn wir uns die Veränderungen im DFJW im Laufe der siebziger Jahre vor Augen führen.

Die Tatsache, daß der Élysée-Vertrag einen Kernpunkt der bilateralen Beziehungen darstellt, sollte im Blick behalten werden, wenn wir das gegenwärtige Verhalten beider Länder gegenüber der Europäischen Union betrachten. Unter den Jugendlichen der 15 Mitgliedsstaaten wird das Europäische Bürgerrecht mit dem Recht auf Arbeit, freie Fortbewegung und Studium gleichgesetzt. Diese aus dem gemeinsamen europäischen Markt resultierenden Vorteile werden gleichfalls in Frankreich geschätzt, wo 64% der französischen Jugendlichen das Recht auf Arbeit mit einem Europäischen Bürgerrecht verbinden, 60% Bewegungsfreiheit und 50% die Möglichkeit zum Studium hervorheben. In Deutschland nennen 61% das Recht auf Arbeit, 58% die Bewegungsfreiheit und 45% die Möglichkeit zum Studium.² Es muß zukünftigen Studien überlassen werden, diese Prozentsätze, die aus Erhebungen des Eurobarometers stammen, näher zu untersuchen und sie mit Daten zur deutsch-französischen Kooperation auf dem Studiensektor zu vergleichen. Diese Statistiken müssen natürlich auf der bis zum heutigen Tag geleisteten Arbeit basieren, die durch die zahlreichen, jahrzehntelangen Austauschprogramme zwischen Bürgern und Jugendlichen in beiden Ländern erbracht wurde.

Selbst auf der Grundlage von Daten, die für die deutsch-französischen Initiativen auf Bevölkerungsebene sprechen, zieht Philippe Moreau Defarges in seiner Analyse der französischen Realität folgende Schlußfolgerung: »Die Kluft zwischen der europäischen Integration und der französischen Vorstellung zur Integration bleibt gewaltig – zu gewaltig«.³ Diese Kluft wurde bei der französischen Ratifizierung des Vertrages über die Europäische Union (Maastrichter Abkommen) sehr deutlich. Diese Ratifizierung zeigte den »Einfluß der öffentlichen Meinung« ebenso wie das begrenzte öffentliche Verständnis für das Ausmaß der Veränderungen, die Frankreich auf dem Weg zu einem europäischen Mitgliedsstaat mit allen damit verbundenen Rechten und Ver-

² European Commission. Eurobarometer 2001, Public Opinion in the European Union, Report 55, October 2001, http://europa.eu.int/comm/public_opinion/archives/eb/eb55/eb55_en.pdf; (Juli 2004).

³ Philippe MOREAU DEFARGES, The View from France: Steadfast und Changing, in: Simon SERFETY (Hg.), The European Finality Debate and its National Dimensions, Washington D.C. 2003, S. 114.

pflüchtungen durchmachen mußte.⁴ Der knappe Vorsprung war gerade ausreichend, um den Vertrag zur Schaffung der Europäischen Union zu ratifizieren. Das Ergebnis dokumentierte aber auch, daß sich die deutsch-französische Verständigungsarbeit nicht selbstverständlich auch in einem größeren Zuspruch für die Europäische Union ausdrückt. Diese Tatsache ist für den Fortgang der deutsch-französischen Beziehungen innerhalb Europas von nicht zu unterschätzender Bedeutung.

Ein Vermächtnis des Élysée-Vertrages sind die ständigen Bemühungen Frankreichs und der Bundesrepublik über vier Jahrzehnte hinweg, Schülern und Studenten aller Alterstufen die jeweils andere Muttersprache näher zu bringen. Wenn man ihre kulturellen, historischen und linguistischen Unterschiede betrachtet, bedeutet dies eine nicht unerhebliche Zahl von Absprachen der beiden Nachbarn, die innerhalb von weniger als hundert Jahren drei Kriege gegeneinander geführt haben, um schließlich einen gemeinsamen Konsens in Europa zu erreichen. Dies ist ein weiterer Grund, um die Bedeutung von Sprachkenntnissen als ein Instrument der gegenseitigen Verständigung in einem lebenslangen Lernprozeß hervorzuheben. Beobachter verweisen öfters auf ein Ungleichgewicht im Erlernen der beiden Sprachen und in der Häufigkeit des Studentenaustausches. Tatsache ist, daß Franzosen seltener Deutsch lernen und Deutsche eher bereit sind, eine gewisse Zeit in Frankreich zu verbringen.⁵ Das muß ebenso berücksichtigt werden wie die Tatsache, daß die Jugendlichen in beiden Ländern immer öfter Englisch als erste Fremdsprache wählen.

Im Vertrag ist auch die Rede von »Ungleichgewichten«, einschließlich der gegenseitigen Anerkennung von »Studienbedingungen, Prüfungen, Universitätsabschlüssen und Diplomen«. Diese Forderungen wurden in den Sorbonne- und Bologna-Erklärungen⁶ anerkannt, in denen zu einer intensivierten Kooperation zwischen den höheren Bildungseinrichtungen auf dem gesamten Kontinent aufgerufen wurde. Eine solche Erkenntnis wirft die Frage auf, ob es wahrscheinlich ist, daß ein europäisches Bewußtsein bei gleichzeitiger ständiger Erweiterung der Europäischen Union entstehen kann. Diese Entwicklung wird sich in der nächsten Dekade als schwierig erweisen, wenn es um die Frage der Einbeziehung der Bevölkerung in die europäischen Angelegenheiten gehen wird.

⁴ Vgl. Colette MAZZUCELLI, *France and Germany at Maastricht Politics and Negotiations to Create the European Union*, New York, London 1999, S. 207–241.

⁵ Vgl. Robert GRAHAM, Haig SIMONIAN, *Prospects for the Franco-German Relationship: The Élysée Treaty and After*, Washington D.C. 2003, S. 14.

⁶ http://www.bologna-berlin2003.de/pdf/Sorbonne_declaration.pdf und <http://europa.eu.int/comm/education/socrates/erasmus/bologna.pdf>, (Juli 2004).

Die »Harmonisierung des europäischen höheren Bildungssystems«, die in der gemeinsamen Erklärung der Sorbonne angestrebt wird, setzt voraus, daß »Europa nicht nur das Europa des Euros, der Banken und der Wirtschaft ist, sondern auch das der Wissenschaft.« Die visionäre Bedeutung dieser Initiative setzt die Linie vom Élysée-Vertrag über den Vertrag zur Europäischen Union bis zum Jahrestag der Universität von Paris (Sorbonne) fort. Der Maastrichter Vertrag gab der Bildung zum ersten Mal und ausdrücklich eine europäische Dimension. In Artikel 126 wird die »Europäische Dimension« in Übereinstimmung mit dem Subsidiaritätsprinzip als die Förderung von Lehre und Verbreitung von Sprachkenntnissen innerhalb der Mitgliedsstaaten definiert, durch die Förderung des Austausches auf studentischer, akademischer und jugendlicher Ebene, durch die Förderung von Kooperation zwischen Bildungseinrichtungen auf schulischem und universitärem Sektor und durch die Förderung von offenen Lernmethoden und Fernkursen.⁷

Am 25. Mai 1998 weiteten Frankreich und Deutschland an der Sorbonne ihre ursprünglich bilaterale Kooperation auch auf Italien und Großbritannien aus und luden die restlichen europäischen Länder ein, sich dieser Initiative anzuschließen. Ihr Bemühen, eine europäische Ebene der höheren Bildung zu schaffen, unterstreicht die Interaktion und Festigung nationaler Identitäten und gemeinsamer Interessen, die darauf abzielen, Studenten, aber auch die restliche Bevölkerung ein Leben lang von dieser Entwicklung profitieren zu lassen. Dies ist eine konkrete, sehr praktische Initiative, entstanden aus ethischer Verantwortung und bewußter Bewahrung der Erinnerung, nicht aber durch die Heraufbeschwörung eines Mythos. Sie ist für die Universität als wichtige Institution in einer »offenen Gesellschaft« eine Möglichkeit, aus der Erfahrung des Nationalismus zu lernen, oder, mit den Worten des Historikers Fritz Stern mehr philosophisch betrachtet, aus »dem Versagen der illiberalen Politik zu lernen«.⁸ Wenn sich die Union weiterhin auf Staaten ausweitet, in denen die Furcht vor ethnischen Konflikten noch eine gerade erst überstandene historische Realität ist, kommt der Fähigkeit, die Sprache des anderen zu sprechen, im übertragenen und wortwörtlichen Sinne, die zusätzliche Bedeutung eines Katalysators für die Europäische Integration zu.⁹

⁷ Hierbei handelt es sich um Artikel 150 im Vertrag von Amsterdam, 1997.

⁸ Vgl. Fritz STERN, *The Failure of Illiberalism. Essays on the Political Culture of Modern Germany*, New York 1992, S. XXXI–XXXII.

⁹ Vgl. Colette MAZZUCELLI, *The Treaty of Élysée (1963–2003). An Inquiry into the Objectives in 'Education and Youth' for the Citizens of France, Germany and Europe*. Ausführungen auf einer Podiumsdiskussion an der School of Public and International Affairs (SIPA), Columbia University, mit Hubert Védrine, Colette Mazzucelli und Fritz Stern, 27.2.2003, <http://www.columbia.edu/cu/alliance/webpages-2/Docs%20archives/NEWS-FrancoGerman%20Relations.htm>; (Juli 2004).

In einer erweiterten Europäischen Union muß die Jugend in beiden Ländern ernsthaft für die Konsolidierung der deutsch-französischen Freundschaft eintreten, wenn der traditionelle »Motor« seine Zugkraft behalten soll. Wie die ehemalige französische Europaministerin Noëlle Lenoir bemerkte, ist dies »letzen Endes die Aufgabe der Bildungssysteme beider Länder«.¹⁰

An dieser Stelle müssen wir einen Einschub machen, um zu sehen, wie sich der Wandel traditionell vollzogen hat. Für die neue Generation der europäischen Jugend sind die Schatten der Vergangenheit nicht so lang und ihre Last nicht mehr so schwer wie früher. Deshalb ist eine Revolution in den Einstellungen des Volkes zur Europäischen Integration nötig, um in der jüngeren Generation jedes Landes Begeisterung für die deutsch-französische Freundschaft zu wecken.

In Deutschland fanden Revolutionen immer von oben nach unten statt. Wie Stern erklärt, wurden »Veränderungen von der Dynastie oder von der Bürokratie verordnet«.¹¹ Ganz anders als die Franzosen suchten die Deutschen – historisch betrachtet – »immer eine Vaterfigur«.¹² Die Geschichte lehrt uns, daß »die deutsche Vorstellung vom Staat in der Regel nach dem Vorbild der Familie gestaltet ist«.¹³ Im Universitätssystem des heutigen Deutschland gibt es mehr Kontinuität als Wandel. Deshalb ist es schwierig, das Ausmaß des Einflusses abzuschätzen, den diese traditionellen Vorstellungen innerhalb dieses Systems noch immer auf den Lehrstil und die Rolle des Studenten gegenüber dem Professor haben. Haben Studenten ausreichend Gelegenheit, sich über die Beziehungen Deutschlands zu Frankreich oder zum restlichen Europa zu informieren und auf welche Weise wird dadurch ein tief verwurzeltes demokratisches Engagement unterstützt und initiiert, das nötig ist, um die deutsch-französische Freundschaft zu erhalten?

In Frankreich ist die Vorstellung des Volkes von Europa unauflöslich mit einem starken Staat nach dem Vorbild der Fünften Republik verknüpft. Im französischen System sind die privilegierte Stellung des Präsidenten und einer administrativen Elite in Paris feste Konstanten, selbst wenn sich der französische Staat in Reaktion auf die globale Herausforderung verändert. Zentralismus, Jakobinismus und staatliche Traditionen unterscheiden Frankreichs politisches System von dem Deutschlands. Lassen diese Unterschiede vermuten, daß französische Universitäten durch ihr Bildungssystem eine bessere Basis für die tief verwurzelte deutsch-französische Freundschaft bilden?

¹⁰ Noëlle LENOIR, *France and Germany: The Odd Couple or Future Motor of an Enlarged Europe?*, in: Susan STERN, Elisabeth SELIGMAN (Hg.), *Desperately Seeking Europe*, London 2003, S. 313.

¹¹ STERN (Anm. 8), S. XXVIII.

¹² Ibid.

¹³ Ibid.

Die Antworten auf diese Fragen und die damit verbundenen Auswirkungen auf die europäische Jugend werden sich wohl im Lauf der Zeit verändern. Die Lehren der Geschichte und soziologische Analysen bieten uns noch andere interessante Einsichten. In »Democracy in America« identifizierte Alexis de Tocqueville bereits die Herausforderungen, denen sein eigenes Land heute gegenübersteht. Seine Schriften sind noch immer aktuell und rufen uns ein französisches Vermächtnis in Erinnerung. Aristokratische und monarchische Traditionen machen seine demokratische Kultur recht kompliziert. Es ist auffallend, daß im heutigen Frankreich, wie im Amerika der Epoche Tocquevilles, Bildung, einschließlich der Auseinandersetzung mit einer starken Immigration, und administrative Dezentralisation die wichtigsten Waffen gegen die weitverbreitete Selbstgefälligkeit der Elite sind, die die größte Bedrohung für die Demokratie darstellt.

Es ist kein Zufall, daß die Mehrheit der Wahlverweigerer bei den französischen Parlamentswahlen im Jahr 2002 Furcht und Resignation empfand. Die Menschen im Norden und Osten des Landes fühlten sich von den Politikern übergangen. Die späte Anbindung der östlichen Departements an den TGV war für die dortige Bevölkerung angesichts der raschen Veränderungen durch die Globalisierung noch unverständlicher. Zudem läutete die Einführung des Euro eine neue Ära auf dem Kontinent ein. Dennoch ist es ein Zeitalter, in dem Autorität, Legitimität und vor allem Identität in Frage gestellt werden. Bei den Parlamentswahlen, deren Ausgang im wesentlichen von der Mehrheit der Nicht-Wähler bestimmt wurde, sind die ethischen Auswirkungen der Ergebnisse in bezug auf die Verantwortung der Politiker wie auch der Bürger ausschlaggebend.

Mißtrauen in die Politik ist weitverbreitet in einem in Paris zentralisierten, elitären System. Die Bevölkerung der Regionen fühlt sich manipuliert. In ihrem Streben nach mehr lokaler Macht wissen sie nicht viel über die nationale Politik. Auch an politischer Bildung mangelt es. In diesem Zusammenhang muß sich die Bildung vor allem mit der Selbstgefälligkeit innerhalb der politischen Kaste und der Öffentlichkeit auseinandersetzen. Die Parlamentswahlen waren ein deutlicher Hinweis auf diese Tatsache. Unzweifelhaft ist es eine dringend gebotene Notwendigkeit, »der Bevölkerung eine wirkliche politische und staatsbürgerliche Bildung zukommen zu lassen«.¹⁴

In den Parlamentswahlen im Jahr 2002 rückte die Forderung in den Vordergrund, den Menschen eine Stimme in der französischen Europa-Politik zu geben. Und dieses Stimmrecht sollte über Referenden zu Reformen des Europäischen Unionsvertrages, über die eingestandenermaßen nur, wenn überhaupt,

¹⁴ Colette MAZZUCELLI, Marie-Claude FISCHER, The Absent Majority in France, (unveröffentlichter Artikel).

vage Kenntnisse vorhanden sind, hinausgehen. Dies gehört zur Legitimität auf nationaler Ebene, die sich entscheidend auf die europäische Politik auswirkt. Das »demokratische Defizit« ist zunächst und zuallererst ein nationales Defizit. Es ist ein grundsätzliches Dilemma in nahezu allen Mitgliedsstaaten der Europäischen Union. Dies sollten sich Beobachter der europäischen Szene immer vor Augen führen. Nur allzu oft hören wir Klagen über den Zentralismus in Brüssel, insbesondere in der Europäischen Kommission. Es trifft zu, daß die Kommission das Vorschlagsrecht in der europäischen Gesetzgebung hat. Dennoch ist es der Ministerrat, der die Interessen der Mitgliedsstaaten repräsentiert und das ausschlaggebende Gewicht in allen Entscheidungen hat. Außerdem muß der Ministerrat noch mit den Mitgliedern eines immer selbstbewußter werdenden Europäischen Parlaments verhandeln.

In einem Jahrhundert, das von der Schaffung und Erhaltung von Netzwerken dominiert wird, ist Autorität eine komplizierte Angelegenheit. Der zunehmende Einfluß der Netzwerk-Gesellschaft in der Ära der Weltpolitik läßt Macht immer diffuser werden. Den älteren nationalen Institutionen in Frankreich, die Politikern und Bürgern als Bezugsrahmen dienen, mangelt es an der Flexibilität, die Netzwerke brauchen, um innerhalb und über die Grenzen hinaus zu funktionieren. Mitten in all diesem Wandel ist es nicht verwunderlich, daß sich das Volk verwirrt und übergangen fühlt. Die heimischen Institutionen, die so vertraut waren, bieten keine exklusive Identität mehr. Das wird besonders im sich schnell verändernden Europa deutlich, das sich verzweifelt darum bemüht, in der Welt mit einer einzigen Stimme zu sprechen. Empfindungen von Desorientierung und Ausschluß führen auf nationaler Ebene zu einer Verweigerungshaltung. Dieses Phänomen hat für die europäische Einheit bedenkliche Auswirkungen.

Wenn, mit den Worten von Jean Monnet, die Europäische Gemeinschaft eine »neue politische Form« ist, dann muß die Bildung des Bürgers dieser neuen Herausforderung gerecht werden, wenn man einen Krieg vermeiden will. Ein neues Bildungssystem mit globalen Verästelungen, in dem Deutsche sich mit den Bürgern Frankreichs oder anderer europäischer Länder, der Vereinigten Staaten und der ganzen Welt austauschen, ist Kernbestandteil eines lebenslangen Lernprozesses im Informationszeitalter. Es ist von großer Bedeutung, zu begreifen, daß das Entstehen eines öffentlichen europäischen Raums nur im Kontext einer Gesellschaft möglich ist, die mit übernationalen Netzwerken im Bereich der Kommunikation, der Energie und des Transports verknüpft ist. Wenn auch Frankreich aus diesen Netzwerken Nutzen ziehen möchte, muß sich die passive Mehrheit der Notwendigkeit bewußt werden und sich darauf vorbereiten, an ihrer Herstellung mitzuwirken. Ein Bildungssystem, das sich auf die Nutzung solcher Netzwerke gründet, fördert aktives Lernen mit Konzentration auf dem zwischenmenschlichen Dialog. Dieses innovative Bil-

dungssystem kann durchaus mit den französischen Besonderheiten in Übereinstimmung gebracht werden.

Die Alternativen für die Mehrheit der Verweigerer sind eindeutig: Entweder sie verharren weiterhin in lautem Schweigen oder sie handeln mutig und mit deutlich hörbarer Stimme. In seinem Buch »La fin de la démocratie«¹⁵ behauptet der Unterstaatssekretär der Vereinten Nationen, Jean-Marie Guéhenno, daß die Debatten der Zukunft ethischer Natur sein werden, in denen die Politik wiedergeboren werden wird. Lokale demokratische Formen der Teilnahme, die von der Basis ausgehen, werden für diese Revolution verantwortlich sein, in den bereits etablierten Demokratien ebenso wie in den neu entstehenden. Der Rückzug der Öffentlichkeit, so wie wir ihn in Frankreich beobachten konnten, könnte durch eine auf gemeinsamer Verantwortlichkeit basierenden Solidarität überwunden werden. So wie wir Kontinuität inmitten des Wandels in der Kooperation der Gesellschaft beobachten können, so sollte uns der Gebrauch der Technik die Grenzen menschlicher Möglichkeiten in einer Welt komplexer Interdependenzen bewußt machen.¹⁶

II. Der Einfluß von Führerschaft auf bilaterale Kooperation: Ein Versuch von oben, Mythen abzubauen und Erinnerung zu gestalten?

Die Bedeutung von historischen Führern und ihren Auffassungen von nationalen Interessen ist eine andere Dimension in unserer Analyse über die Bedeutung des Élysée-Vertrages, heute, mehr als 40 Jahre nach seiner Unterzeichnung. In der Folge des Zweiten Weltkrieges war es Adenauers wichtigstes Anliegen, Deutschland fest im Westen zu verankern, und zwar als gleichberechtigtes Mitglied innerhalb des europäischen Wiederaufbaus. Dieses Ziel verdeutlicht die entscheidende Rolle, die die deutsch-französischen Beziehungen in den Augen des Kanzlers spielten.

Die damals auftretenden Spannungen zwischen de Gaulles Bestrebungen, Europa von den Vereinigten Staaten zu emanzipieren und Adenauers Vision einer deutsch-französischen Aussöhnung existieren auch heute noch in den Beziehungen beider Länder – mit einer bedeutenden Einschränkung: Infolge des Krieges gegen den Irak fordern Deutschland und Frankreich die Schaffung einer neuen Basis für die transatlantischen Beziehungen, die in Zukunft den

¹⁵ Vgl. Jean-Marie GUÉHENNO, *La fin de la démocratie*, Paris 1993 (englische Ausgabe: *The end of the nation-state*, Minneapolis 1995).

¹⁶ Vgl. MAZZUCELLI, FISCHER (Anm. 14).

Diskussionen zwischen den USA und den einzelnen Ländern über die Entscheidung von Krieg und Frieden mehr Spielraum einräumen sollen. Dieses Beharren auf einer neuen Grundlage steht im Gegensatz zu den Ansichten einer Reihe anderer europäischer Nachbarn, die entweder schon Mitgliedstaaten der Europäischen Union sind oder ihr demnächst beitreten werden.

Dies ist nur ein Aspekt innerhalb der europäischen Kooperation, in der die neue gemeinsame Linie des deutsch-französischen Denkens das Tandem nicht in das Zentrum der wechselnden Allianzen stellt. Statt dessen entsteht eine Auseinandersetzung, in der es Chirac und Schröder nicht recht gelingt, die anderen europäischen Politiker zu überzeugen, ihre Ideen zu übernehmen, damit Europa in weltpolitischen Fragen künftig mit einer Stimme spricht.

Für Frankreich geht es heute hauptsächlich darum, die Beziehungen zum vereinten Deutschland in einer Weise zu gestalten, die es ihm erlaubt, seine ursprüngliche Führungsrolle in einer sich erweiternden Union zu erhalten. In diesem Sinne bleibt Europa ein Instrument der französischen Diplomatie, das dem Land Einfluß und Macht in der Welt sichert. In Deutschland fordert die Vereinigung immer noch einen hohen Preis in Form von Geld- und Ressourcentransfer vom westlichen in den östlichen Teil des Landes. Das deutsche Ziel der Osterweiterung bietet zusätzliche nationale Sicherheit, da sich die Grenzzlinien weiter nach Osten verschieben. Außerdem können so die Beziehungen zu mehreren anderen Nachbarn im Rahmen der Erweiterung der Europäischen Union ausgebaut werden.

Der Vorrang der Sicherheitspolitik, also Konfliktvermeidung, wird von den deutschen Politikern unablässig gegenüber der Europäischen Union und den Vereinten Nationen hervorgehoben. Die französische Präferenz für bilaterale Kooperation in der Außenpolitik der Union steht im Gegensatz zur deutschen Vorliebe für eine eher integrierte, multilaterale Vorgehensweise. Dieser Gegensatz fand sein Pendant schon in den Differenzen über die Weltpolitik zwischen de Gaulle und Adenauer, als der Élysée-Vertrag unterzeichnet wurde.

Man muß fairerweise anmerken, daß der Generationenwechsel selbstverständlich die Art und Weise beeinflusst, in der Staatsbürger eines jeden Landes ihr Gegenüber wahrnehmen. Allerdings sind die Institutionen und administrativen Strukturen, sowohl national als auch europäisch, innerhalb derer sich die neuen Generationen einer sich schnell wandelnden Welt anpassen müssen, zu einer Angleichung weniger fähig. Dieser Umstand führte zu einer Kontinuität im ökonomischen, politischen und sozialen Austausch zwischen Frankreich und Deutschland, der schon in der Zeit vor 1963 entstanden war.

Diese Differenzen in den jeweiligen Ansichten zur Weltpolitik bestehen auch heute noch zwischen Frankreich und Deutschland. Mit ihnen müssen wir uns auseinandersetzen, wenn wir über den Begriff der »gemeinsamen Erinnerung« zwischen den beiden Nachbarn sprechen wollen. Hier geht es um folgende Frage: Wie sollen wir mit der unterschiedlichen und oft gegensätzlichen

Rezeption der Schaffung einer kollektiven Erinnerung in den beiden Gesellschaften und den fortbestehenden unterschiedlichen Ansichten über die nationalen Interessen umgehen?

Erfahrungen innerhalb der Eliten haben Noëlle Lenoir zu der Ansicht geführt, daß es in den deutsch-französischen Beziehungen »ganz eindeutig den Willen gibt, das Europäische Projekt zusammenzuschweißen – und nicht eine bereits vorhandene Übereinstimmung über die Konzeption dieses Projektes – der, dank eben dieser Spannung, diese unvergleichliche Dynamik des deutsch-französischen Motors schafft«.¹⁷

Wenn man sich dies vor Augen führt, kann eine Desillusionierung vermieden werden, die unausweichlich entsteht, wenn man die nicht vorhandene Einigkeit über das Ausmaß der Differenzen betrachtet, die zwischen beiden Ländern bestehen. Noch wichtiger wäre es, den Bürgern in beiden Ländern die Möglichkeit zu geben, ihren Willen zum Ausdruck zu bringen, dieses Europa zusammenzuschweißen. Damit könnte man ihnen gleichzeitig ihre eigenen Vorteile in der Einheit des Kontinents vor Augen führen. In anderen Worten: Der Ansatz, von oben nach unten zu agieren, der ein Produkt der Ära ist, in der Monnet, Schuman, Adenauer und de Gaulle den Integrationsprozeß begannen, kann diesen Integrationsprozeß nicht länger vorantreiben. Die Distanz zwischen den Eliten und den Bürgern hat sich zu einer Kluft erweitert. Dies ist ein schreckliches Vakuum, das Raum für traditionelle Machtpolitik und extreme Tendenzen läßt, die den Aufbau der Europäischen Einheit bedrohen.

Wie die Ereignisse des letzten Jahrzehnts auf dem Balkan zudem gezeigt haben, sind nationale Führer ebenso fähig Mythen zu schaffen und wieder-aufleben zu lassen wie gegen sie anzutreten. Das läßt den Menschen die Möglichkeit, durch Unterstützung oder Ablehnung ihrer Führer über das Schicksal ihrer eigenen Gemeinschaft zu entscheiden. Da sich Europa nun anschiekt, eben diese Gebiete, in denen die Erinnerung an nicht weit zurückliegende Tragödien noch frisch ist, zu integrieren, obliegt es dem französischen und deutschen Volk, in gemeinsamer Aktion das »richtige Verhalten«, den politischen Willen und die emotionalen Bindungen zu schaffen, die es ermöglichen, daß die Erinnerung den ihr gebührenden Platz einnimmt. In diesem Sinne mag der Élysée-Vertrag zum einen als Prüfstein dienen, um den Weg zu illustrieren, den diese beiden Staaten gewählt haben, und zum anderen auch als eine Gelegenheit, die die beiden Gesellschaften ergriffen haben, um eine gemeinsame Geschichte in eine gemeinsame Erinnerung zu verwandeln.

¹⁷ LENOIR (Anm. 10), S. 308.

III. Bilaterale Beziehungen als »Motor« der Europäischen Integration: Frankreich und Deutschland im Zentrum von Integration oder Differenzierung?

Die Bedeutung des deutsch-französischen »Motors« für die Europäische Integration und im weiteren Sinne auch in den transatlantischen Beziehungen ist die dritte Ebene, die mit Blick auf internationale Dimensionen von Krieg und Frieden erörtert werden soll. Lily Gardner Feldman zeichnet vier Variablen auf, um den Begriff der Aussöhnung in den Beziehungen Deutschlands zu verschiedenen Ländern, einschließlich Frankreich, zu erklären. Diese Variablen sind: Geschichte, Institutionen, Führung und internationaler Kontext.¹⁸

Jede dieser Variablen ist wichtig. Die letzte Variable ist heute von größter Bedeutung. Dies wird offensichtlich, wenn man die Auseinandersetzungen innerhalb Europas betrachtet, die größtenteils ein Ergebnis des Gezeitenwechsels in den transatlantischen Beziehungen seit 1989 sind. Die Art der Führung auf beiden Kontinenten ist entscheidend und hat enorme Auswirkungen auf den Ablauf der Ereignisse in den europäischen Beziehungen zu den Vereinigten Staaten. Der Kontext, in dem diese Politiker handeln müssen – nach dem Kalten Krieg, inmitten einer Kommunikationsrevolution und nach individuellen und kollektiven Traumata im Anschluß an den 9.11. (Fall der Berliner Mauer) und den 11.9. (Terroranschläge auf die USA) – ist ausschlaggebend.

Den wirtschaftlichen Beziehungen zwischen beiden Ländern kommt genauso eine tragende Rolle zu, wie bereits das in La Celle-Saint Cloud (19. Oktober 1954) unterzeichnete Abkommen demonstriert hatte. Nicht der Élysée-Vertrag brachte den entscheidenden Durchbruch in den deutsch-französischen Beziehungen, sondern eben dieses Handelsabkommen. Hier wird deutlich, daß bei den bahnbrechenden Fortschritten in der innereuropäischen Kooperation und hier besonders auf wirtschaftlicher Ebene der Élysée-Vertrag bei der Ausweitung bilateraler Beziehungen nach dem Zweiten Weltkrieg für Kontinuität stand.

Angesichts der Tatsache, daß sich die Handelsbeziehungen während der Jahre der bilateralen deutsch-französischen Beziehungen so entscheidend auf die politische Annäherung auswirkten, kommt dieser historischen Analyse am heutigen Tag ein beachtliches Gewicht zu. Von herausragender Bedeutung sind zur Zeit die französischen und deutschen Positionen innerhalb der Wirtschafts- und Währungsunion (WWU). Es gibt eindeutig Meinungsunterschiede

¹⁸ Vgl. Lily GARDNER FELDMAN, *The principle and practice of »reconciliation« in German foreign policy: relations with France, Israel, Poland and the Czech Republic*, in: *International Affairs*, 75 (1999) 2, S. 333–356.

de, die Frankreich und Deutschland in Gegensatz zur Europäischen Kommission und anderen Mitgliedsstaaten bringen, vor allem in Hinsicht auf die Einhaltung der strikten Konvergenzkriterien. Die Kriterien der WWU wurden ursprünglich von Deutschland als eine Vorbedingung für die Zustimmung zum Maastrichter Abkommen gefordert.¹⁹ Im Jahre 2003 waren jedoch Berlin und Paris nicht in der Lage, die Kriterien einzuhalten, und überschritten die vormalig von ihnen selbst gesetzten Grenzwerte. Die Konsequenzen waren nicht zu übersehen: eine größere Unsicherheit in der Eurozone während einer Phase weltwirtschaftlicher Schwierigkeiten sowie kompliziertere Beziehungen, die Deutschland und Frankreich von den kleineren Mitgliedsstaaten (u.a. die Niederlande) entfernten. So wuchs die Skepsis am europäischen Integrationsprozeß.²⁰

Die WWU-Frage führt dazu, die möglichen Auswirkungen der entstehenden deutsch-französischen Beziehungen innerhalb einer größeren Union zu hinterfragen. Werden die beiden Länder gemeinsame Standpunkte entwickeln, die nicht mehr länger der Kern sind, um den sich die anderen konzentrieren? Herrscht statt dessen ein weniger konstruktiver Trend vor, in dem Frankreich und Deutschland den Kern bilden, gegen den alternative Koalitionen, einschließlich jetziger und zukünftiger Mitgliedsstaaten, nun ihre eigenen Positionen innerhalb Europas formulieren? Sind diese Koalitionen, wenn auch flüchtig und instabil, die Regel für zukünftige Verhandlungen innerhalb der Europäischen Union?

Über diese Fragen muß sehr genau nachgedacht werden, weil die Antworten darauf unvermeidlich mit der Geschichte der europäischen Integration und dem Schicksal des Aufbauprozesses verwoben sind. Seit dem Schuman-Plan 1950, der von Frankreich Einfallsreichtum in der Kreation und von Deutschland Bereitschaft zu Verpflichtungen verlangte, haben die beiden Länder einen Grad der Aussöhnung erreicht, der, mit den Worten von Lily Gardner Feldman, »eher pragmatisch und ehrlich (gewesen ist); leichter zu erreichen, aber vielleicht weniger tiefgehend in den Beziehungen zwischen der Gesellschaft und dem Staat als im deutsch-israelischen Fall, in dem die moralischen, psychologischen und politischen Hürden höher waren«.²¹

Es ist letzten Endes diese Aussöhnung, von der das Schicksal dieses Kontinents abhängt, obwohl sich die traditionelle Dynamik, die der deutsch-französische »Motor« in den Integrationsprozeß einbrachte, inzwischen verändert hat, oder wie Robert Frank in seinem Beitrag formuliert, wenn das

¹⁹ Vgl. MAZZUCELLI (Anm. 4), S. 101–133.

²⁰ Vgl. John VINOCUR, Hum of activity at EU, or is that a ho-hum?, in: *International Herald Tribune*, 18.5.2004, S. 2.

²¹ GARDNER FELDMAN (Anm. 18), S. 346.

deutsch-französische Paar nicht funktioniert, schreitet die europäische Integration nicht voran.²² Diese Einsicht zwingt uns dazu, heute eine Gefahr darin zu sehen, daß das »Paar« sich zu sehr der eigenen Nabelschau hingibt. Sind Frankreich und Deutschland nur noch damit beschäftigt, an die Zukunft ihrer eigenen Beziehungen zu denken? Der Élysée-Vertrag und die Kontinuität, für die er über Generationen steht, legen eine konstruktive Erinnerung nahe. Die Suche nach Symbolen, um einen einzigartigen Bund zu schließen, der Vergangenes, Gegenwärtiges und Zukünftiges im Bewußtsein ihrer Gesellschaften miteinander vereint, dauert weiter an.

Dennoch kann eine andere Erinnerung wieder erwachen: jene an Nationalismus und die Identifizierung der Bevölkerung mit einem »heroischen« Ziel. Die Bedeutung des »Rangs« im (außen-)politischen Denken der Führungsschicht und ihr Stolz auf einen starken Staat mit einer staatsbürgerlichen Mission unterscheidet Frankreich von anderen Großmächten. Dieser Stolz ist ein Ausdruck französischer Besonderheit, die immer noch zu spüren ist und besonders innerhalb der Eliten mit einer Zukunftshoffnung verbunden ist. In Deutschland ruft die nationalistische Vergangenheit Scham und Furcht hervor, die das Land bis in die heutige Zeit verfolgt und seine Aktionen auf internationaler Bühne hemmt. Diese Erinnerungen können und sollten nicht verneint oder ausgelöscht werden; sie müssen lebendig im Bewußtsein bleiben, wenn neue kollektive Erinnerungen geschaffen werden sollen.

Obwohl es zutrifft, daß die Beziehung zwischen Frankreich und Deutschland intensiver ist als irgendeine der Allianzen zwischen Großbritannien, Spanien, Polen oder anderen Staaten Europas, wäre es dennoch unklug, sich auf diesen Umstand zu verlassen. Das Band zwischen Frankreich und Deutschland ist *sui generis* – wie auch das des europäischen Integrationsprozesses selbst – so untypisch, wenn wir einen Blick in die Geschichte werfen. Es ist sowohl aus Triumphen und Tragödien als auch aus »trial and error« geknüpft und sollte gemeinschaftsbildend wirken. Solch eine Gemeinschaft muß mehr als nur akzeptiert werden. Sie muß geliebt werden, man muß sich innerlich mit ihr identifizieren, Franzosen wie Deutsche. Sie muß ihr Geschichtsbewußtsein ebenso verkörpern wie ihre gegenwärtigen Probleme und ihre gemeinsame Zukunft.

Nachdem beide Völker bis dahin Frieden nur als Abwesenheit von Krieg kannten, mußte nach 1945 die Bedeutung von Frieden an positive und konstruktive Werte gebunden, die es Schritt für Schritt zu entwickeln galt. Die Übereinstimmung, die Staatspräsident Chirac und Bundeskanzler Schröder in Opposition zu Präsident George W. Bush's Irakpolitik entdeckten, kann keine Basis sein, auf der man eine gemeinsame Außenpolitik oder eine allgemeine Politik der Europäischen Union aufbaut. Die deutsch-französische Freund-

²² Dieses Argument findet sich im Beitrag von Robert Frank.

schaft, eben weil sie auf eine feindselige Vergangenheit zurückblickt, kann nur auf der Basis von Brüderlichkeit aufbauen, in der die zu schaffende Gemeinschaft in einer echten Freundschaft verankert ist, die vom französischen und deutschen Volk geteilt wird, jedes für das jeweils andere. Die Ablehnung der Politik eines dritten Landes ist keine Basis für gegenseitige Freundschaft, noch weniger eine Schicksalsgemeinschaft zwischen Frankreich und Deutschland, oder, in einem größeren Rahmen, in Europa als Ganzem.

Es besteht immer das Risiko, daß zwei oder mehrere Länder, deren Vergangenheit von Konflikten und Auseinandersetzungen gekennzeichnet ist, Gemeinsamkeit über den Antagonismus zu einem angenommenen Gegner definieren. Die Gefahr ist allerdings sehr groß, daß Meinungsunterschiede zu Tage treten, und sei es nur, weil die im Entstehen begriffene Gemeinschaft sowohl Symbole erwartet, die das öffentliche Bewußtsein dieser Gemeinschaft inspirieren, als auch auf Taten hofft, die dieser Gemeinschaft, der die Völker Treue geloben wollen, Respekt von außen einbringen.

Wenn wir die Risiken abwägen, denen Frankreich und Deutschland sowie Europa als Ganzes vierzig Jahre nach dem Élysée-Vertrag gegenüberstehen, müssen wir die möglichen Auswirkungen des Bestrebens, ein deutsch-französisches Kerneuropa innerhalb eines eher lose definierten europäischen Integrationsprozesses zu bilden, berücksichtigen. Wenn die Europäische Konvention derart ausfällt, daß Frankreich Gefahr läuft, eine weniger bedeutende Rolle in einem größeren Europa zu spielen, wird die traditionelle Beziehung zur Bundesrepublik ein größeres Gewicht erhalten. Dennoch, die deutsch-französische Freundschaft wurde im Élysée-Vertrag nicht als Gegenmittel zu einem eher lose konzipierten Integrationsprozeß mit dem Ziel schrittweiser Erweiterung konzipiert.²³

Wolfgang Schäuble (CDU), der sich für enger verbundene Kerngruppen innerhalb der Europäischen Union einsetzte, hat sich über die Vision einer engeren deutsch-französischen Union Gedanken gemacht:

Im Moment müssen wir uns fragen, ob es klug ist, uns schon jetzt Gedanken darüber zu machen, was passiert, wenn die Union scheitert. Kooperation zwischen Frankreich und Deutschland muß die europäische Integration voranbringen und nicht einen Keil hineintreiben. Leider war sie in jüngster Zeit eher die Ursache für Spaltungen.²⁴

Der Élysée-Vertrag bietet seinerseits einen Rahmen sowohl für politische als auch für kulturelle Beziehungen. Es gibt in Wahlergebnissen bestätigte Anzeichen, die auf ein geringeres Engagement und eine zunehmende Apathie in den

²³ Vgl. Mihaela GHERGHISAN, Core Franco-German Union considered, in: EUObserver.com, 13.11.2003.

²⁴ John VINOCUR, Europe: Grand vision of a French-German union not »a reality«, in: *International Herald Tribune*, 21.11.2003, S. 4.

deutsch-französischen Beziehungen und Europa hinweisen. Während der französischen Parlamentswahlen 2002 war die große Zahl der Enthaltungen das auffälligste Ergebnis. In den Augen vieler innerhalb und außerhalb Frankreichs war dies ein Zeichen für Apathie und Unzufriedenheit innerhalb des Volkes mit erheblichen internationalen Auswirkungen. Wie der Leitartikel in *Le Monde* vom 14. Mai 2002 andeutet, haben »die Wahlen zwei Mehrheiten geschaffen, eine innerhalb des Parlaments und eine andere außerhalb, die die Mehrheit der Bevölkerung vertritt, die »entweder revoltiert oder bewußt außerhalb des öffentlichen Lebens steht«²⁵. Dieses Ergebnis sollte als Warnzeichen für alle demokratischen Regierungen gewertet werden, inklusive der Vereinigten Staaten. Selbstzufriedenheit ist ebenso gefährlich wie Langeweile oder Frustration, die eine sich verweigernde Mehrheit gegenüber einem demokratisch gewählten, politischen Establishment zum Ausdruck bringen kann.

Für die deutsch-französischen Beziehungen und die Stärke der Europäischen Integration ist es von größter Wichtigkeit zu begreifen, daß »liberale Demokratien den Zusammenbruch riskieren, wenn die politische Teilnahme nicht in effektiven, legitimierten Institutionen verankert ist«.²⁵ Individuen und Gruppen, die sich zwischen oder, noch wirksamer, während der Wahlen bewußt abseits halten, drücken ihre Unzufriedenheit anfangs noch durch Apathie aus. Wie groß ist in diesem Szenario die Wahrscheinlichkeit, daß die Werte der liberalen Demokratie bedroht sein könnten?²⁶ Hier müssen wir die Wahrnehmung der breiten Masse in gewissen Regionen Frankreichs und in den östlichen Teilen Deutschlands berücksichtigen, wo zwischen Gewinnern und Verlierern immer größere Lücken klaffen. Noch wichtiger ist jedoch das Wissen darüber, daß diese Ungleichheiten das direkte Ergebnis der weitergehenden Integration Deutschlands und Frankreichs innerhalb Europas sind.

Wenn Frankreich und Deutschland weiterhin im Kern des Integrationsprozesses stehen wollen, müssen sie sich bewußt werden, daß es von ausschlaggebender Bedeutung sein wird, das Ziel des Élysée-Vertrages zu verwirklichen, an das an seinem 40. Geburtstag erinnert wurde. Es ist eine Herausforderung für ihre Staatsführer, weiterhin eine allgemeine Zustimmung zu der historischen Freundschaft der beiden Länder wachzuhalten, um auf diese Weise die sich im Aufbau befindliche Gemeinschaft zu unterstützen. Am Vorabend der Erweiterung der Europäischen Union gewinnt dieses Ziel eine bis dahin noch nie dagewesene Bedeutung, insbesondere weil die Tendenzen zur Abgrenzung gegen einen deutsch-französischen Kern in den anderen Ländern

²⁵ Ira KATZNELSON, *Desolation and Enlightenment Political Knowledge After Total War, Totalitarianism and the Holocaust*, New York 2003, S. 130.

²⁶ Vgl. Shmuel N. EISENSTADT, *Paradoxes of Democracy Fragility, Continuity and Change*, Baltimore, London 1999.

Europas stärker werden. Neben der Kontinuität, für die der Élysée-Vertrag ein Meilenstein nach dem Zweiten Weltkrieg war, könnte der Vertrag auch eine Bedeutung als »Erinnerungsort« für zukünftige Generationen gewinnen.

Dies ist nur möglich, wenn sich diese Generationen mit der Freundschaft zwischen ihren Ländern identifizieren, sich heute selbst engagieren und willentlich für die Realisierung des Vertrags einsetzen. Die größere Herausforderung, und deshalb auch die größere Wahrscheinlichkeit, ist, daß die deutsch-französische Freundschaft heute konstruktiv als ein Eckstein in einem viel größeren kontinentalen Prozeß der europäischen Einigung funktionieren sollte. In diesem Zusammenhang gibt es eine Kluft, die die französischen und deutschen Politiker von ihren Völkern trennt, und zwar in der Frage des Verständnisses der Europäischen Integration. Der Natur widerstrebt dieses Vakuum, das der traditionellen Machtpolitik und extremistischen Tendenzen einen großen Platz einräumt, als eine Alternative zu der ursprünglichen Vision von der Europäischen Einheit.

Es gibt neue Gegenkonzepte zum deutsch-französischen Kern in der Europäischen Integration, die durch die jüngsten, wenn auch vorübergehenden Koalitionen repräsentiert werden. So schwierig es für die französischen und deutschen Politiker zu akzeptieren scheint: Tatsache ist, daß der traditionelle »Motor« eher die Ursache für zunehmende Differenzierung denn Einheit ist. Es gibt keinen Ersatz für die historische deutsch-französische Aussöhnung, deren Kontinuität der Élysée-Vertrag in seinem Vermächtnis von Freundschaft und Kooperation zelebriert. Mehr denn je braucht Europa diese Aussöhnung, um zu demonstrieren, daß jahrhundertlange Konflikte zwischen Ländern nicht bedeuten müssen, daß die Feindschaft ewig weitergehen muß. Der Élysée-Vertrag als Dreh- und Angelpunkt der deutsch-französischen Beziehungen unterstreicht, daß Frieden sehr viel mehr als die Abwesenheit von Krieg ist.

(Übersetzung: Birgit Schöne-Martens)